

Der Open-Access-Publikationsserver der ZBW – Leibniz-Informationzentrum Wirtschaft
The Open Access Publication Server of the ZBW – Leibniz Information Centre for Economics

Buch, Claudia M.; Heinrich, Ralph P.; Spinanger, Dean; Engerer, Hella; Lodahl, Maria; Schrettl, Wolfram; Schrooten, Mechthild; Gabrisch, Hubert; Sigmund, Peter

Research Report

Die wirtschaftliche Lage der Republik Belarus: Verordnetes Wachstum endet in Währungskrise. Zwölfter Bericht

Kieler Diskussionsbeiträge, No. 314

Provided in cooperation with:

Institut für Weltwirtschaft (IfW)

Suggested citation: Buch, Claudia M.; Heinrich, Ralph P.; Spinanger, Dean; Engerer, Hella; Lodahl, Maria; Schrettl, Wolfram; Schrooten, Mechthild; Gabrisch, Hubert; Sigmund, Peter (1998) : Die wirtschaftliche Lage der Republik Belarus: Verordnetes Wachstum endet in Währungskrise. Zwölfter Bericht, Kieler Diskussionsbeiträge, No. 314, <http://hdl.handle.net/10419/1001>

Nutzungsbedingungen:

Die ZBW räumt Ihnen als Nutzerin/Nutzer das unentgeltliche, räumlich unbeschränkte und zeitlich auf die Dauer des Schutzrechts beschränkte einfache Recht ein, das ausgewählte Werk im Rahmen der unter

→ <http://www.econstor.eu/dspace/Nutzungsbedingungen> nachzulesenden vollständigen Nutzungsbedingungen zu vervielfältigen, mit denen die Nutzerin/der Nutzer sich durch die erste Nutzung einverstanden erklärt.

Terms of use:

The ZBW grants you, the user, the non-exclusive right to use the selected work free of charge, territorially unrestricted and within the time limit of the term of the property rights according to the terms specified at

→ <http://www.econstor.eu/dspace/Nutzungsbedingungen>
By the first use of the selected work the user agrees and declares to comply with these terms of use.

KIELER DISKUSSIONSBEITRÄGE

K I E L D I S C U S S I O N P A P E R S

314

Deutsches Institut für
Wirtschaftsforschung, Berlin

Institut für
Wirtschaftsforschung Halle

Institut für Weltwirtschaft
an der Universität Kiel

Die wirtschaftliche Lage der Republik Belarus

Verordnetes Wachstum endet in Währungskrise

822582

Inhalt

I. Produktion, Investitionen, Preise	3
II. Arbeitsmarkt	5
III. Einkommen der privaten Haushalte	6
IV. Öffentliche Haushalte	7
V. Geld- und Währungspolitik	9
VI. Außenwirtschaft	11
VII. Ordnungspolitik	13
VIII. Zusammenfassung und Ausblick	15
Literaturverzeichnis	18

Dieser 12. Bericht über die wirtschaftliche Lage der Republik Belarus wurde am 31. März 1998 abgeschlossen. Vom Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel haben Claudia M. Buch, Ralph P. Heinrich und Dean Spinanger mitgewirkt, vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung Hella Engerer, Maria Lodahl, Wolfram Schrettl und Mechthild Schrooten und vom Institut für Wirtschaftsforschung Halle Hubert Gabrisch und Peter Sigmund. Der Bericht wird auch im DIW-Wochenbericht 17/98, in der IWH-Forschungsreihe 3/98 sowie in „Wirtschaftslage und Reformprozesse in Mittel- und Osteuropa — Sammelband 1998“ des Bundesministeriums für Wirtschaft veröffentlicht.

Die in der Republik Belarus verfolgte Wirtschaftspolitik konnte im Jahr 1997 den Anschein vermitteln, als habe sie große Erfolge zu verzeichnen. Die Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts (BIP) betrug beachtliche 10 vH. Dennoch hatten die drei Institute diesem Wachstum keine Aussicht auf Dauerhaftigkeit zugebilligt. Im Frühjahr 1998 hat sich diese Einschätzung durch den dramatischen Verfall der Währung bestätigt. Die weißrussische Wirtschaftspolitik zeigt jedoch bislang keine Neigung, eine Kurskorrektur einzuleiten.

I. Produktion, Investitionen, Preise

Das außerordentlich kräftige Wirtschaftswachstum im ersten Halbjahr 1997 konnte im weiteren Verlauf des Jahres beibehalten, zum Teil sogar noch beschleunigt werden. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) nahm um 10 vH zu. Die verschiedentlich geäußerte Vermutung, daß es sich bei diesem hohen Wirtschaftswachstum um eine statistische Fiktion handeln müsse, läßt sich nicht schlüssig belegen. Es muß davon ausgegangen werden, daß es tatsächlich zu einer deutlichen Belebung der wirtschaftlichen Aktivitäten gekommen ist. Allerdings existieren unübersehbare statistische Ungereimtheiten, auf die in einigen Fällen hinzuweisen sein wird. Wichtiger ist es jedoch, zu einer Identifikation und Einschätzung der Ursachen des Wachstums zu kommen, vor allem um die weiteren Perspektiven herauszuarbeiten.

Eine Betrachtung der Verwendungsseite des BIP vermittelt den Eindruck, daß die entscheidenden Impulse für die Belebung des wirtschaftlichen Aktivitätsniveaus vom privaten Verbrauch, gemessen am Einzelhandelsumsatz, und von der Investitionstätigkeit ausgegangen sind. Für beide Wirtschaftsindikatoren wurden reale Zuwachsraten von jeweils etwa 20 vH ausgewiesen (Tabelle 1). Die (entgeltlichen) Dienstleistungen für private Haushalte expandierten real um 7 vH. Dagegen ist — soweit die verfügbaren Informationen Aussagen zulassen — vom Staatsverbrauch und von den Lagerinvestitionen kein Impuls ausgegangen. Der Außenhandelsbeitrag insgesamt war zwar negativ, jedoch verbirgt sich hinter dieser Entwicklung eine starke Zunahme der Exporte (vgl. dazu Kapitel VI).

Tabelle 1 – Ausgewählte Wirtschaftsindikatoren 1990–1997 (Veränderungen gegenüber dem Vorjahr bzw. Anteile in vH)

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997
Bruttoinlandsprodukt ^a	.	-1	-10	-8	-13	-10	3	10
Industrieproduktion ^a	2,1	-1,0	-9,4	-10,0	-17,1	-11,7	3,5	17,6
Agrarproduktion ^a	-7,8	-8,0	-16,9	-4,0	-15,8	-11,7	1,1	2,9
Bruttoanlageinvestitionen ^a	9	4	-29	-15	-11	-31	-5	20
Gütertransportvolumen ^b	-3	-6	-25	-30	-36	-26	-19	7
Beschäftigte	1	-3	-3	-1	-3	-6	-1	0
Einzelhandelsumsatz ^a	15	-8	-22	-14	-10	-23	31	20
Nominale Geldeinkommen der privaten Haushalte	18	94	755	1 390	2 008	496	80	.
Nominallöhne	16	101	838	1 107	1 504	669	61	88
Reallöhne	14	4	-12	-7	-31	-5	5	15
Verbraucherpreise								
Jahresdurchschnitt	5	94	971	1 190	2 221	709	53	64
Dezember zu Dezember	.	.	.	1 997	1 960	244	39	63
Industrielle Erzeugerpreise								
Jahresdurchschnitt	.	165	531	1 787	1 916	499	32	89
Dezember zu Dezember	.	238	4 091	3 868	1 857	140	29	90
Arbeitslosenquote am Periodenende	.	0,1	0,5	1,4	2,1	2,7	3,9	2,8

^aReal. — ^bAuf der Basis von Tonnen.

Quelle: Minstat (1997b: 169, 1997d); Taxis (1997a: 21 ff.).

Entstanden ist der Zuwachs des BIP vor allem aus äußerst kräftigen Entwicklungen der Industrieproduktion und des Wohnungsbaus. Sowohl wegen ihrer hohen Anteile am BIP als auch wegen der überdurchschnittlichen Wachstumsraten (17,6 bzw. 46 vH) prägen diese Bereiche entscheidend das wirtschaftliche Gesamtbild. In der Mehrheit der Industriezweige (Tabelle 2) verlief das Wirtschaftswachstum noch wesentlich dynamischer, als der Industriedurchschnitt erkennen läßt, und zwar mit Wachstumsraten von bis zu 35 vH (Eisen- und Stahlindustrie). Deutlich unterdurchschnittlich verlief nur die Entwicklung in der Brennstoffindustrie (-1 vH) und in der Elektrizitätswirtschaft (6 vH).

Hinter der Produktionsbelegung in der Industrie stehen zwei Hauptfaktoren. Für die Eisen- und Stahlindustrie, den Bereich Maschinenbau und Metallverarbeitung sowie die Chemie und Petrochemie dürfte die starke Zunahme von Exporten eine entscheidende Bedeutung haben. Dabei handelt es sich vornehmlich um Exporte in den GUS-Raum, vor allem nach Rußland, die im Rahmen von Barterhandel zustande gekommen sind. Die Chemische und Petrochemische Industrie konnte jedoch auch andere Märkte wieder beliefern, so vor allem Mineraldünger nach Brasilien, in die VR China und die USA (NIEI 1998: 6). Im Fall der Holz- und Holzverarbeitungsindustrie sowie in der Baustoffindustrie spielten neben dem Export auch die ver-

stärkten Bauaktivitäten in Belarus selbst eine wichtige Rolle.

Für die Belegung der Investitionstätigkeit war die äußerst kräftige Zunahme des Wohnungsbaus ein entscheidender Faktor (Tabelle 3). Zur Jahresmitte 1997 mußte noch konstatiert werden, daß die steigende Produktion der beiden Bereiche Industrie und Wohnungsbau nicht zur Folge hatte, daß in diesen Bereichen selbst eine Belegung der Investitionstätigkeit ausgelöst worden wäre. Auch nach Ablauf der ersten drei Quartale 1997 wies die offizielle Statistik noch einen Rückgang der Investitionen in der Bauwirtschaft um 10 vH aus. Das letzte Quartal 1997 muß dann von einer außerordentlich bemerkenswerten Belegung der Investitionen in der Bauwirtschaft gekennzeichnet gewesen sein, denn für das Gesamtjahr 1997 weist die Statistik nicht mehr einen Rückgang, sondern einen sogar sehr kräftigen Zuwachs von 9 vH aus. Eine Umkehr in dieser Größenordnung ist zwar rein mathematisch möglich; realwirtschaftlich und bei Kenntnis der saisonalen Charakteristik der Bauwirtschaft ist eine solche Entwicklung dagegen schwer nachvollziehbar.

Unstrittig ist, daß der Wohnungsbau, ein wichtiger Pfeiler des Wirtschaftswachstums, vor allem durch extrem billige Kredite angeregt wurde, die zu stark negativen Realzinsen zweckgebunden ausgereicht wurden.¹ Diese Finanzierung auf dem Wege der Geldschöpfung schlug sich aber deutlich in einem Anstieg sowohl der

Tabelle 2 – Industrieproduktion nach Zweigen 1990–1997 (Veränderungen gegenüber dem Vorjahr)

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997
<i>Industrie insgesamt^a</i>	2	-1	-9	-10	-17	-12	4	18
Elektrizitätswirtschaft	3	1	-3	-11	-11	-16	-2	6
Brennstoffindustrie	-2	-5	-43	-37	-45	11	-5	-1
Eisen- und Stahlindustrie	9	13	-14	-14	-13	-1	23	35
Maschinenbau und Metallverarbeitung	3	5	-7	3	-14	-20	2	26
Chemie und Petrochemie	0	-7	-15	-12	-17	9	7	18
Holz-, Holzverarbeitungs-, Zellstoff- und Papierindustrie	2	7	-7	-3	-13	-10	14	31
Baustoffindustrie	2	5	-11	-24	-29	-21	-4	28
Leichtindustrie	0	1	1	2	-23	-34	12	27
Nahrungsmittelindustrie	2	-9	-18	0	-6	-13	6	18

^aOhne Kleinunternehmen, Genossenschaften, Joint-ventures und industrielle Nebenbetriebe anderer Wirtschaftszweige.

Quelle: Minstat (1997a; 1997d: 108 f.).

Tabelle 3 – Investitionsentwicklung in konstanten Preisen 1990–1997 (Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH)

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997
<i>Investitionen insgesamt</i>	9	4	-29	-15	-11	-31	-5	20
Produzierender Bereich	5	4	-40	-13	-10	-29	2	12
Industrie	2	6	-29	-11	12	-36	0	16
Landwirtschaft	8	-5	-51	-31	-46	-34	-16	5
Bauwirtschaft	2	27	-54	-12	-20	-47	-32	9
Verkehr	3	39	-27	7	-24	0	0	21
Nachrichtenwesen	0	-17	-58	37	-5	100	81	-19
Handel und Gaststätten	12	-8	-43	-3	81	-62	19	-4
Materialversorgung und Absatz	38	-27	-38	48	-24	-15	27	68
Nichtproduzierender Bereich	16	4	-7	-16	-12	-33	-14	31
Wohnungsbau	13	10	-11	-19	-10	-44	-5	46
Kommunalwirtschaft	20	18	-1	-8	-27	-19	-12	7
Gesundheitswesen, Sport, soziale Sicherung	8	27	23	-22	-12	-16	-30	28
Bildungswesen	-9	-3	-4	-12	-13	-58	-1	29
Kultur und Kunst	-6	6	-37	-13	-25	-29	-24	25
Wissenschaft	6	-41	-65	-15	-24	-23	-65	149
Finanzsektor, Banken, Versicherungen	138	28	-41	-16

Quelle: Minstat (1996b: 159, 164 f.; 1997c: 166 ff.; 1997d: 162, 166).

Verbraucher- als auch der industriellen Erzeugerpreise nieder (Tabelle 4). Das Niveau der Verbraucherpreise nahm 1997 um 63 vH und das der industriellen Erzeugerpreise um 90 vH zu (jeweils Dezember zu Dezember). Dies be-

deutet gegenüber dem Vorjahr eine äußerst starke Beschleunigung des Preisanstiegs, woran auch Versuche administrativer („disziplinarischer“) Eingriffe in die Preisbildung nichts ändern konnten.

Tabelle 4 – Monatliche Preisentwicklung 1994–1998 (Veränderungen gegenüber dem Vormonat in vH)

	Verbraucherpreise					Industrielle Erzeugerpreise				
	1994	1995	1996	1997	1998	1994	1995	1996	1997	1998
Januar	40,7	39,2	5,6	13,3	3,9	24,3	44,4	4,0	18,5	3,9
Februar	18,7	33,7	4,0	6,6	3,1	17,4	13,2	0,3	15,4	3,8
März	10,2	20,0	2,0	2,3	3,3	11,9	9,5	1,1	5,3	
April	28,6	14,5	1,5	4,3		37,0	7,5	1,6	7,0	
Mai	28,7	3,4	0,6	5,0		32,4	1,7	0,4	5,9	
Juni	19,5	2,5	2,3	4,5		22,0	1,3	2,1	2,5	
Juli	26,6	5,2	2,0	1,4		17,5	2,4	1,7	2,3	
August	53,4	3,0	1,3	1,0		42,5	5,2	3,5	1,4	
September	25,5	5,2	1,8	5,0		41,1	5,0	2,1	2,3	
Oktober	25,7	3,4	1,3	3,2		41,6	2,1	1,6	2,4	
November	40,5	3,7	3,9	1,8		28,4	2,7	2,2	2,4	
Dezember	31,3	3,9	7,4	2,3		26,4	2,2	5,5	2,6	

Quelle: Minstat (1996b: 193, 217; 1997c: 202, 226; 1997d: 205, 229).

II. Arbeitsmarkt

Die Zahl der Beschäftigten nahm 1997 erstmals seit 1990 zu (Anstieg um 44 000 Personen). Die prozentual stärksten Zugänge (Dezember 1997 zu Dezember 1996) verzeichneten die Forstwirtschaft (6,5 vH), der Großhandel (6,7 vH),

das Bildungswesen (5,5 vH) und das Bankgewerbe (5,2 vH). Lediglich in der Landwirtschaft ist die Zahl der Beschäftigten zurückgegangen (-3,2 vH).

Die Zahl der offiziell registrierten Arbeitslosen lag Ende Dezember 1997 bei 126 200 Personen, das sind 56 300 Personen weniger als im Dezember 1996. Die Arbeitslosenquote sank auf 2,8 vH (Dezember 1996: 3,9 vH). Da in den Jahren 1991–1995 das BIP weitaus stärker gesunken war als die Beschäftigung, ist weiterhin von einer erheblichen verdeckten Arbeitslosigkeit auszugehen.

Die Anzahl der den Arbeitsämtern gemeldeten freien Stellen nahm zu. Auf eine freie Stelle

entfielen im Dezember 1997 vier gemeldete Arbeitslose, im Vergleich zu zwölf im Dezember 1996. Von den Arbeitsämtern wurden im abgelaufenen Jahr 156 600 Personen vermittelt, es wurden 132 000 Arbeitslose zu „gesellschaftlicher Arbeit“ herangezogen und 930 Arbeitslose beim Übergang in die Selbständigkeit finanziell unterstützt. Mit Mitteln der Arbeitsämter wurden 6 400 neue Arbeitsplätze geschaffen.

III. Einkommen der privaten Haushalte

Die Löhne stiegen 1997 real um 14,7 vH. Die Lohnrückstände blieben in Belarus, im Vergleich mit Rußland, gering und betragen im Dezember 1997 nur etwa 6,5 vH einer Monatslohnsumme. Der reale Zuwachs der Durchschnittsrente betrug 9,5 vH, nachdem die Rentner im Vorjahr noch Einkommensverluste hatten hinnehmen müssen (–2,3 vH). Angaben über Geldeinkommen und Einkommen aus unternehmerischer Tätigkeit, Vermögen und aus sonstigen Einkommensarten liegen nur für die ersten zehn Monate vor. Danach sind die gesamten realen Geldeinkommen gegenüber Januar–Oktober 1996 um 5 vH gestiegen.

Es ist das Realeinkommenswachstum nur schwer in Übereinstimmung mit der wesentlich höheren Zuwachsrate des realen Einzelhandelsumsatzes zu bringen. Dies gilt auch dann noch, wenn berücksichtigt wird, daß der Anteil der Konsumausgaben an den verfügbaren Geldeinkommen in den ersten neun Monaten 1997 gegenüber dem Vorjahreszeitraum von 73 auf 75,8 vH (*Nacyjanal'naja ekanami naja hazeta* Nr. 45 aus 1997: 28) gestiegen ist. Insgesamt ergibt sich daraus eine Zunahme der Konsumausgaben von etwa 9 vH, der ein Anstieg des realen Einzelhandelsumsatzes von 20 vH gegenübersteht. Hinzu kommt, daß die privaten Haushalte ihre Bankeinlagen erhöht haben.

Mit dem schnelleren Wachstum der Reallöhne gegenüber den anderen Einkommensarten erhöhte sich ihr Anteil an den verfügbaren

Geldeinkommen der privaten Haushalte auf 56 vH.² Bei etwa gleichbleibendem Anteil der sozialen Transfers ging der Anteil aus unternehmerischer Tätigkeit, Vermögen und sonstigen Einkommensarten bis Oktober 1997 auf etwa 28 vH zurück.

Die Lohndifferenzierung nahm gegenüber dem Vorjahr wieder zu, nachdem sie sich 1996 verringert hatte. Überdurchschnittlich stiegen die Löhne 1997 vor allem in der Industrie, im Bau- und im Bankgewerbe, während die geringsten Lohnzuwächse in der Landwirtschaft, im Post- und Fernmeldewesen, im Wohnungs- und Gesundheitswesen sowie im kulturellen Bereich zugelassen wurden. Die höchsten Löhne wurden im Bankgewerbe (204 vH des Durchschnitts), in der Staatsverwaltung (143 vH), im Großhandel (131 vH) und im Baugewerbe (132 vH) gezahlt, die niedrigsten Löhne in der Landwirtschaft (58 vH) und im Bereich Kunst und Kultur (70 vH).

Obwohl die realen Renten stiegen, erreichte das Niveau der Durchschnittsrente nur 80 vH des Existenzminimums (1996: 74 vH). Die im Verlauf des Jahres mehrmals erhöhte Mindestaltersrente entspricht 51 vH des Existenzminimums (1996: 40 vH), die Sozialrente gar nur 26 vH. Während die Relation des Durchschnittslohns zum Existenzminimum 205 vH betrug, belief sie sich beim Mindestlohn nur auf 15 vH (1996: 16 vH).

IV. Öffentliche Haushalte

Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß die Aussagekraft der öffentlichen Haushalte für die Beurteilung der staatlichen Aktivitäten weiter abnimmt. Staatliche Eingriffe in die Produktion und in die Kreditvergabe sowie das schleppende Vorankommen eigentumsrechtlicher Veränderungen sind Ausdruck erheblicher quasi-fiskalischer Aktivitäten. Folglich ist auch der Informationsgehalt der für 1997 ausgewiesenen Defizitquote von 2,1 vH des BIP relativ gering.³ Insbesondere gibt diese Defizitquote nicht an, in welchem Ausmaß sich der umfassend definierte Staatssektor neu verschuldet hat. Da Belarus der Zugang zum internationalen Kapitalmarkt weitgehend verschlossen bleibt, erfolgte auch 1997 die Finanzierung der Defizite vor allem durch die Ausgabe von staatlichen Schuldverschreibungen und direkten Zentralbankkrediten.

Anders als in der Russischen Föderation konnten in Belarus die Einnahmen des konsolidierten Haushalts 1997 gegenüber dem Vorjahr deutlich gesteigert werden (1996: 27,5 vH des BIP; 1997: 32,1 vH; vgl. Tabelle 5). Das Mehrwertsteueraufkommen war die wichtigste Einnahmequelle; auf Mehrwertsteuer und Akzisen entfielen zusammen mehr als 40 vH der Einnahmen. Trotz des BIP-Zuwachses konnte das Gewinnsteueraufkommen gegenüber dem Vorjahr nur geringfügig gesteigert werden. Nach wie vor ist die Einkommensteuerbelastung in Anlehnung an sowjetische Traditionen gering; das Einkommensteueraufkommen nahm trotz der Beschäftigungsausweitung 1997 gegenüber dem Vorjahr nur mäßig zu. Die Einkommensverwendung wird faktisch deutlich stärker als die Einkommensentstehung besteuert. Hinter dieser Entwicklung steckt die politische Entscheidung, diskretionäre Steuervergünstigungen im Bereich der Gewinnsteuer zu gewähren. Durch diese Steuervergünstigungen nehmen die Anreize ab, bei der Einkommensentstehung in die Schattenwirtschaft auszuweichen oder die tatsächlichen Gewinne zu unterzeichnen.

Die Ausgaben expandierten im Jahresverlauf ungleichmäßig; im Gesamtjahr 1997 erreichten

sie ein Ausmaß von 34 vH des BIP. Noch bis November hatten die Gesamtausgaben unter der 30-Prozent-Marke gelegen; der Haushalt war bis zu diesem Zeitpunkt nahezu ausgeglichen. Hinter der drastischen Ausgabenerhöhung im Dezember stand die Vergabe von Zentralbankkrediten zur Finanzierung zusätzlicher Subventionen und Transfers, die zu einem erheblichen Teil unter den Posten „sonstige Ausgaben“ gefaßt wurden. Warum die zusätzlichen Staatsausgaben angesichts der ohnehin expandierenden Wirtschaft zu diesem Zeitpunkt getätigt wurden, ist unklar. Bildung, Kultur und Soziales hatten wie im Vorjahr mit 40 vH den größten Anteil an den Gesamtausgaben. Formal hat es weitere Kürzungen bei der Position „Volkswirtschaft“ gegeben. Diese dürften allerdings durch Umbuchungen, Steuervergünstigungen und präferentielle Kredite an ausgewählte Unternehmen kompensiert worden sein.⁴ Die Ausgaben des konsolidierten Haushalts wurden zu 40 vH von den Regionen getätigt. Die wachsende Zentralisierung spiegelt sich in einer abnehmenden Bedeutung des vertikalen Finanzausgleichs wider; 1997 standen dafür nur noch 15 vH der Ausgaben des Staatshaushalts zur Verfügung (1996: 20 vH) (*Belorusskij rynek* Nr. 50–51 aus 1997: 21).

Aufgrund einer negativen Realverzinsung der Staatsverschuldung lag das Primärdefizit⁵ des konsolidierten Haushalts 1997 bei 1,4 vH des BIP; nur 0,7 vH wurden für den Schuldendienst ausgegeben. Die zur Finanzierung des Defizits ausgereichten Zentralbankkredite und der Kauf staatlicher Wertpapiere durch die Zentralbank bedingten eine weitere Expansion der Geldmenge. Bereits im Herbst 1997 hatten die Institute darauf hingewiesen, daß bei dieser Form der Defizitfinanzierung die Inflation wieder beschleunigt wird. Den Haushaltsplanungen für 1998 liegt die Annahme zugrunde, daß die Monatsinflation etwa 2 vH betragen wird. Unter dieser Voraussetzung soll sich das Defizit des Staatshaushalts auf 3,5 vH des BIP belaufen. Auf der Einnahmeseite soll der ohnehin vorhandene Trend zu indirekten Steuern verstärkt

werden (*Belorusskij rynok* Nr. 50–51 aus 1997: 21). Es ist davon auszugehen, daß die ad hoc

verfügbaren Steuervergünstigungen weiter ausgebaut werden.⁶

Tabelle 5 – Ausgewählte öffentliche Einnahmen und Ausgaben des konsolidierten Haushalts 1992–1998

	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998 ^a
	<i>Struktur in vH</i>						
<i>Einnahmen insgesamt</i>	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Mehrwertsteuer	37,1	27,6	27,4	28,0	28,1	29,7	31,1
Akzisen	8,9	12,1	10,6	7,9	12,5	13,0	15,7
Gewinnsteuer	25,8	29,7	30,7	21,6	14,5	14,7	13,6
Einkommensteuer	7,4	7,1	7,3	9,3	10,5	10,1	.
Tschernobylsteuer	8,4	7,7	4,9	8,0	.	5,0	4,0
Mineralölsteuer	2,4	2,6	2,2	1,7	0,5	.	.
Immobiliensteuer	0,6	0,9	1,3	2,5	1,9	.	.
Zölle etc.	1,6	6,9	9,2	5,7	6,7	8,2	12,8
Sonstige Einnahmen	7,8	5,4	6,4	15,4	.	.	.
<i>Ausgaben insgesamt</i>	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Volkswirtschaft	41,9	38,7	27,5	21,9	19,9	16,2	11,5
Bildung, Kultur, Soziales	30,6	30,3	35,9	42,8	48,7	42,9	21,1
Wissenschaft	1,4	1,2	0,9	1,7	.	1,5	2,3
Tschernobylfolgen	12,6	9,7	6,9	7,7	.	3,9	9,0
Verteidigung	4,8	4,2	4,3	4,4	.	4,7	5,3
Rechtsorgane	3,0	3,5	4,5	7,1	2,4	6,2	7,7
Verwaltung	1,8	1,7	1,9	3,5	1,1	3,2	3,1
Schuldendienst	2,0	1,2	0,6	0,6	.	1,9	3,8
Sonstige Ausgaben	1,8	9,6	17,6	10,2	27,9	19,5	36,3
<i>Saldo in vH der Ausgaben</i>	-5,7	-13,1	-8,7	-8,5	-6,7	-6,1	-14,5
	<i>Anteile am BIP in vH</i>						
<i>Einnahmen insgesamt</i>	32,3	37,0	36,8	30,0	27,5	32,1	20,7
Mehrwertsteuer	12,0	10,2	10,1	8,4	7,7	9,5	6,4
Akzisen	2,9	4,5	3,9	2,4	3,4	4,2	3,2
Gewinnsteuer	8,3	10,8	10,9	6,4	4,0	4,7	2,8
Einkommensteuer	2,4	2,7	2,7	2,8	2,9	3,2	.
Tschernobylsteuer	2,7	2,8	1,8	2,4	.	1,6	0,8
Mineralölsteuer	0,8	1,0	0,8	0,5	0,1	.	.
Immobiliensteuer	0,2	0,3	0,5	0,7	0,5	.	.
Zölle etc.	0,5	2,6	3,4	1,7	1,8	2,6	2,6
Sonstige Einnahmen	2,5	2,0	2,3	4,6	.	.	.
<i>Ausgaben insgesamt</i>	34,3	42,3	39,9	32,3	30,2	34,4	24,2
Volkswirtschaft	14,3	16,3	11,0	7,1	6,0	5,5	2,8
Bildung, Kultur, Soziales	10,5	12,8	14,3	13,9	14,7	14,7	5,1
Wissenschaft	0,5	0,5	0,4	0,5	.	0,5	0,6
Tschernobylfolgen	4,3	4,1	2,8	2,5	.	1,4	2,2
Verteidigung	1,7	1,8	1,7	1,4	.	1,6	1,3
Rechtsorgane	1,0	1,5	1,8	2,3	0,7	2,1	1,9
Verwaltung	0,6	0,7	0,8	1,1	0,3	1,1	0,7
Schuldendienst	0,7	0,5	0,2	0,2	.	0,7	0,9
Sonstige Ausgaben	0,6	4,0	7,0	3,3	.	6,7	8,8
<i>Saldo</i>	-2,0	-5,6	-3,6	-2,8	-2,0	-2,1	-3,5

^aGeplant; nur Republikshaushalt (ohne Gemeinden).

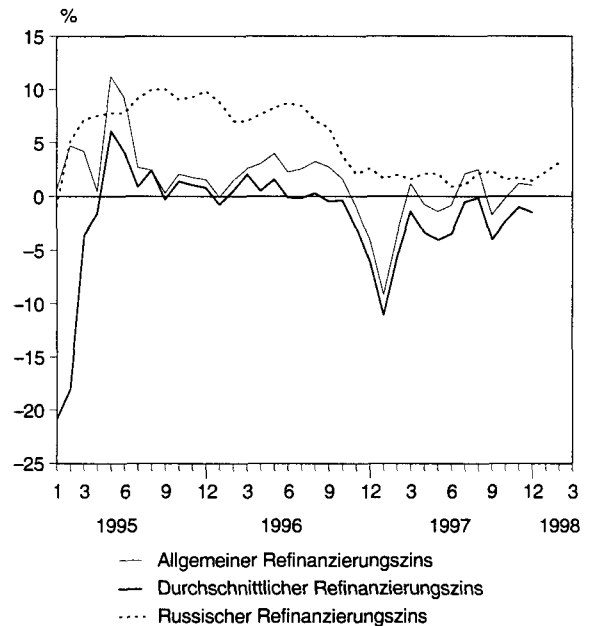
Quelle: Minstat (1997b: 175 ff.; 1997c: 81 ff.), eigene Berechnungen.

V. Geld- und Währungspolitik

Die Regierung hat die Geldpolitik 1997 noch stärker als in den Vorjahren dazu benutzt, ausgewählte Wirtschaftsbereiche zu subventionieren. In den ersten fünf Monaten 1997 wurden sämtliche Kredite der Zentralbank an die Geschäftsbanken mit der Auflage verbunden, sie an bestimmte Unternehmen weiterzureichen.⁷ Damit geht einher, daß die Kredite zu real stark negativen Zinsen vergeben wurden (Schaubild 1), die deutlich unter dem offiziellen Refinanzierungssatz von 40 % lagen. Es gibt keine Hinweise, daß sich daran im weiteren Jahresverlauf etwas geändert hätte. Aufgrund der subventionierten Kreditvergabe betrug der mit den Kreditvolumina gewichtete durchschnittliche Refinanzierungssatz am Jahresende 1997 nominal nur 8,9 % bzw. real -19,9 % p.a. Die durch negative Realzinsen gewährten Subventionen beliefen sich über das gesamte Jahr 1997 hinweg schätzungsweise auf 2 vH des BIP.

Nutznieser der gelenkten Kredite waren mit der Landwirtschaft und dem Wohnungsbau jene Sektoren, die in besonderem Maße von Preiskontrollen betroffen waren. Mit dieser Politik verhindert die Regierung die Entwicklung funktionsfähiger Kreditmärkte. Sie trägt zur Fehlallokation von Ersparnissen bei und setzt falsche Anreize für die Wirtschaft. Administrativ niedrig gehaltene Preise für Nahrungsmittel und Mieten hindern die Produzenten in den genannten Sektoren daran, ihre Kosten über Preise zu decken. Um dennoch die Produktion dieser Güter zu gewährleisten, subventioniert man die Produzenten mit verbilligten Krediten. Unternehmen in anderen Sektoren müssen entweder erheblich höhere Zinsen zahlen oder ihre Investitionen ausschließlich aus eigenen Gewinnen finanzieren. Die subventionierten Kredite werden nicht auf der Basis von Kreditwürdigkeitsprüfungen vergeben, sondern nach der Höhe der ohne Subventionen ausgewiesenen oder zu erwartenden Verluste. Anstöße für die Unternehmen, sich umzustrukturieren und gewinnorientiert zu wirtschaften, gehen von einer solchen Politik nicht aus.

Schaubild 1 – Monatliche Realzinssätze 1995–1998



^aDeflationiert mit dem Verbraucherpreisindex, Periodenendwerte.

Quelle: IMF (1998), Tacis *Belarus Economic Trends. Monthly Update* (verschiedene Ausgaben), Arbeitsunterlagen des Minstat, eigene Berechnungen.

Die Geldpolitik war 1997 expansiv ausgerichtet. Die Geldbasis und die erweiterte Geldmenge M3 haben sich mehr als verdoppelt (Tabelle 6). Daher hat die Regierung ihr Ziel verfehlt, die Inflation auf dem 1996 erreichten Niveau zu stabilisieren. Im Verlauf des ersten Quartals 1998 hob die Zentralbank den offiziellen Refinanzierungszins schrittweise auf 50 % an. Eine spürbar dämpfende Wirkung von Zins-

Tabelle 6 – Wachstum der Geldmengenaggregate 1992–1997 (vH gegenüber dem Ende der Vorperiode)

	1992	1993	1994	1995	1996	1997
Geldbasis	728	604	1 897	286	78	107
M3 ^a	508	985	1 894	158	52	111
<i>Nachrichtlich:</i>						
Verbraucherpreise	1 556	1 997	1 960	244	39	63
Erzeugerpreise	4 091	3 868	1 857	140	29	90

^aEinschließlich Konten in ausländischer Währung.

Quelle: IMF (1997), Tacis *Belarus Economic Trends. Monthly Update* (verschiedene Ausgaben).

erhöhungen auf das Wachstum der Geldmengengaggregate und die Inflation wäre davon jedoch nur zu erwarten, wenn der Großteil der Zentralbankkredite nicht wie bisher zu ermäßigten, real negativen Zinsen vergeben würde.

Das Wachstum der Geldbasis ging hauptsächlich auf die inländische Komponente zurück, die nahezu 90 vH der Geldbasis stellt (Tabelle 7). Entsprechend dem Bemühen der Regierung, Subventionsausgaben aus dem offiziellen Haushalt in das Bankensystem zu verlagern, war der stärkste Anstieg bei den (gelenkten) Krediten an Geschäftsbanken zu verzeichnen. Sie nahmen im Gesamtjahr nominal um mehr als 150 vH zu. Die Verbindlichkeiten der Regierung gegenüber der Zentralbank stiegen im Jahresverlauf dagegen zunächst kaum an. Im Zuge des deutlich höheren Haushaltsdefizits im Dezember nahm die Regierung allerdings wieder in erheblichem Umfang Mittel bei der Zentralbank auf, so daß ihre Verbindlichkeiten gegenüber November nahezu um ein Drittel anstiegen. Für das Gesamtjahr war daher insgesamt real ein leichter Anstieg zu verzeichnen.

Die Nettoreserven in konvertiblen Währungen stiegen zwischen Februar und November 1997 von 6,5 Mill. US-Dollar auf den Stand von 117 Mill. US-Dollar. Dieser Anstieg hatte auf die Entwicklung der Geldbasis kaum einen Einfluß, da die Währungsreserven weiterhin einen sehr geringen Anteil an den Aktiva der

Zentralbank haben.⁸ Zudem gingen die Währungsreserven im Dezember 1997 wieder um 28 Mill. US-Dollar zurück. Im Laufe der ersten beiden Monate des Jahres 1998 mußten die Reserven nahezu völlig zur Kursstützung verwendet werden (vgl. z.B. *Minsk Economic News* Nr. 10 aus 1998).

Der in den Vorjahren aufgetretene Zielkonflikt zwischen Geld- und Wechselkurspolitik wurde 1997 vorübergehend entschärft. Der untaugliche Versuch, den nominalen Wechselkurs trotz der expansiven Ausrichtung der Geldpolitik stabil zu halten, wurde aufgegeben, da er zu einer starken realen Aufwertung und zu erheblichen Zahlungsbilanzproblemen geführt hatte.⁹ Die drastische nominale Abwertung des offiziellen Wechselkurses zum US-Dollar im Januar 1997 um 35 vH schlug sich zunächst in einer moderaten realen Abwertung nieder, die sich aber im weiteren Jahresverlauf nicht fortsetzte (Schaubild 2).

Die Regierung hat die Regulierung der Devisenmärkte am Jahresende 1997 gelockert. Die Obergrenze, bis zu der der am Markt festgestellte Wechselkurs für Bartransaktionen vom offiziellen Kurs der Zentralbank abweichen durfte, wurde abgeschafft. Zu Beginn des Jahres 1998 wurde auch der Interbankenmarkt für Devisen teilweise dereguliert. Außerdem wurde die Liste der Ausnahmen von der Pflicht, 30 vH der Exporterlöse in Devisen zum offiziellen Kurs

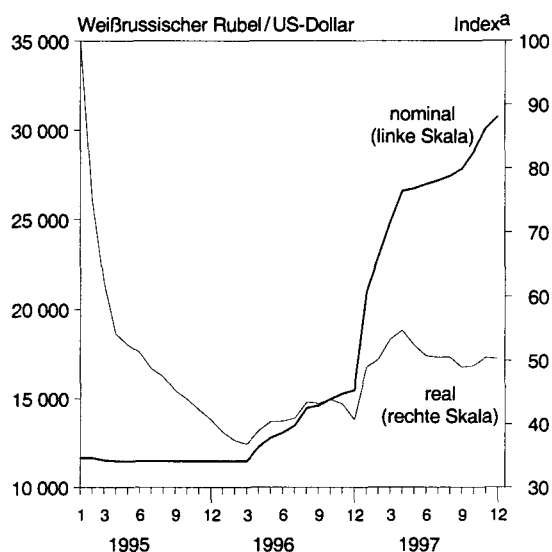
Tabelle 7 – Herkunft und Verwendung der Geldbasis 1996 und 1997 (Anteile in vH)

	1996				1997			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV
<i>Herkunft</i>								
Devisenreserven (netto)	17,1	7,8	14,5	7,6	4,3	14,7	13,1	10,1
Inländische Aktiva (netto)	82,9	92,2	85,2	92,4	95,7	85,3	86,9	89,9
Forderungen an die Zentralregierung (netto)	64,6	71,9	61,6	61,5	75,2	62,5	45,3	49,3
Forderungen an die Banken (netto)	37,2	42,0	50,1	55,2	66,0	59,6	72,3	67,5
Sonstige Aktiva (netto)	-19,9	-22,4	-26,8	-25,6	-46,6	-37,7	-31,3	-27,6
<i>Verwendung^a</i>								
Bargeld	56,2	63,4	53,4	51,0	56,3	52,9	48,1	48,7
Pflichtreserven der Geschäftsbanken	22,3	21,7	25,4	24,2	29,9	29,9	29,7	29,5
Überschußreserven	19,9	13,1	19,0	22,5	11,3	11,7	18,7	19,7

^aDie Differenz zwischen den Anteilen der drei aufgeführten Kategorien und 100 vH besteht aus „sonstigen“ Konten, die nicht den Reserven zugerechnet werden.

Quelle: IMF (1997), *Tacis Belarus Economic Trends. Monthly Update* (verschiedene Ausgaben), Arbeitsunterlagen des Minstat, eigene Berechnungen.

Schaubild 2 – Wechselkurs des weißrussischen Rubels zum US-Dollar 1995–1997



^aRealer Wechselkurs berechnet auf Grundlage der weißrussischen Verbraucherpreise. Anstieg = reale Abwertung; Januar 1995 = 100; Periodenendwerte.

Quelle: IMF (1998), Minstat *Statističeskij bjulleten'* (verschiedene Ausgaben), Arbeitsunterlagen des Minstat, eigene Berechnungen.

Kurs an die Zentralbank abzuführen, ausgeweitet (Takis 1997b: 9; Takis 1997c: 9). Die vorher zu beobachtende Lücke zwischen den Marktkursen in Minsk und dem freien Kurs am Moskauer Devisenmarkt schloß sich danach weitge-

hend. Der Kurs lag Mitte März 1998 bei 55 000 BRB/US-Dollar. Der offizielle Wechselkurs der Zentralbank lag aber weiterhin um etwa ein Drittel niedriger und war damit gegenüber dem Marktkurs neuerlich deutlich überbewertet.

Selbst der Marktkurs hat sich jedoch inzwischen als nicht zu halten erwiesen. In der zweiten Märzhälfte 1998 mehrten sich die Anzeichen, daß Rußland in Zukunft für seine Energielieferungen mehr Barzahlung verlangen und weniger weißrussische Waren im direkten Tausch akzeptieren wird. Dies hat zu einer massiven Flucht aus dem weißrussischen Rubel geführt. Nachdem der Kurs zum US-Dollar an der Moskauer Börse bis auf rund 70 000 Rubel gefallen war (*The Economist* vom 28. März 1998), wurde der Handel bis auf weiteres ausgesetzt. Wie in der Vergangenheit hat die weißrussische Regierung auf die Schwäche der Währung mit neuerlichen massiven Eingriffen in die Devisenmärkte reagiert. Solche Maßnahmen verschärfen jedoch die Probleme und können das Vertrauen der Märkte in den weißrussischen Rubel nicht wiederherstellen. Angesichts der offenbar weiterhin nicht auf die Stabilisierung des Geldwerts ausgerichteten Geldpolitik wäre die Regierung daher gut beraten, das multiple Wechselkursregime abzuschaffen und den offiziellen Kurs freizugeben.

VI. Außenwirtschaft

Die Entwicklung der Zahlungsbilanz in den ersten neun Monaten des Jahres 1997 war durch eine Ausweitung des Handelsbilanz- und Leistungsbilanzdefizits gekennzeichnet (Tabelle 8). Einer positiven Entwicklung bei den Exporten standen stark steigende Importe gegenüber, so daß das Handelsbilanzdefizit gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres um 119 Mill. US-Dollar zunahm. Die übrigen Teilbilanzen der Leistungsbilanz änderten sich kaum. Aus Sicht der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ist damit von der Entwicklung des Außenhandels — trotz der starken Erhöhung der Exporte —

insgesamt kein positiver Impuls für das gesamtwirtschaftliche Wachstum ausgegangen.¹⁰

Hinter der positiven Exportentwicklung stehen offenbar in erster Linie vermehrte Ausfuhren in den GUS-Raum (NIEI 1998: 3 ff.), nachdem in den vorhergehenden Jahren eine Verschlechterung des Handels mit diesen Ländern zu verzeichnen gewesen war (DIW et al. 1997b). Für Rußland, das seinen Ausfuhrüberschuß gegenüber den Ländern der GUS im Jahr 1997 ausweiten konnte (Government of the Russian Federation 1998), verläuft der Handel mit Belarus entgegen dem Trend. Für Belarus war da-

Tabelle 8 – Zahlungsbilanz 1996 und 1997 (Mill. US-Dollar)^a

	1996	1996 1.–3. Vj.	1997 1. Vj.	1997 2. Vj.	1997 3. Vj.	1997 1.–3. Vj.
Außenhandel	-1 336	-925	-475	-366	-203	-1 044
Exporte	5 404	4 012	1 439	1 658	2 025	5 122
Importe	-6 739	-4 937	-1 913	-2 025	-2 228	-6 166
Nichtfaktordienstleistungen	430	296	113	150	132	395
Einnahmen	740	514	173	226	254	653
Ausgaben	-310	-218	-61	-75	-122	-258
Faktordienstleistungen	-65	-43	-14	-9	-20	-43
Einnahmen	1	0	0	12	3	15
Ausgaben	-66	-43	-14	-21	-24	-59
Transfers	62	50	17	19	15	51
<i>Saldo der Leistungsbilanz</i>	-909	-622	-359	-207	-75	-641
Kapitaltransfers	47	47	15	41	26	82
Direktinvestitionen	70	4	52	47	21	120
Portfolioinvestitionen	5	0	7	-6	-28	-27
Handelskredite	304	123	68	295	-75	288
Mittel- und langfristiger Kapitalverkehr etc.	39	44	1	-1	16	16
Kurzfristiger Kapitalverkehr — privat und staatlich	13	-13	-18	-6	-49	-73
Wertberichtigung ausländischer Verbindlichkeiten	14	14
<i>Saldo der Kapitalverkehrsbilanz</i>	478	205	125	370	-75	419
<i>Statistisch nicht aufliegbare Transaktionen</i>	182	298	179	-75	149	253
<i>Finanzierungssaldo</i>	249	119	55	-88	2	-31
Reserveaktiva ^b	48	-3	38	-68	-8	-38
Sonderfinanzierung ^c	203	114	17	-22	12	7
Überfällige Kredite	.	.	5	.	.	10
Überfällige Gasrechnungen	91
Überfällige Stromrechnungen	.	.	12	.	.	30
Rückerstattung von überfälligen Gasrechnungen in vergangenen Perioden	-125

^aIn Anlehnung an die Gliederung der weißrussischen Nationalbank. Handelsdaten für das Jahr 1996 enthalten nicht die Ausfuhr von Waffen in Höhe von 370 Mill. US-Dollar. Ebenfalls nicht enthalten im Jahr 1996 (4. Vj.) ist das Begleichen noch offener Rechnungen für Gazprom-Lieferungen durch unverkaufte Produkte aus Belarus in Höhe von 840 Mill. US-Dollar. — ^b — bedeutet Zunahme der Nettoauslandsforderungen. — ^cFür 1996 einschließlich nicht aufliegbarer „sonstiger“ Kapitalströme.

Quelle: Tacis Belarus Economic Trends. Monthly Update (verschiedene Ausgaben), Arbeitsunterlagen des Minstat.

mit der bilaterale Außenhandel 1997 praktisch ausgeglichen (NIEI 1998: 4), nachdem 1996 noch ein Defizit von etwa 0,5 Mrd. US-Dollar im Handel mit Rußland verbucht worden war.

Die offenbar positive Entwicklung der Exporte nach Rußland ist auf drei Faktoren zurückzuführen. Erstens stieg der Preis des russischen Rubels in weißrussischer Währung von Dezember 1996 bis Dezember 1997 um rund 80 vH. Bei einer Inflationsdifferenz von etwa 50 Prozentpunkten bedeutet dies eine deutliche reale Abwertung des weißrussischen Rubels. Zweitens wird ein Großteil des Handels mit Rußland in Form von Bartergeschäften abgewickelt,¹¹ so daß durch die Festlegung der Tauschkonditionen möglicherweise zusätzliche Preiskonzessionen gemacht werden konnten. Schließlich sind Handelsverträge auf regionaler

Ebene geschlossen worden, mit denen die Aufnahme alter Handelsbeziehungen wieder ermöglicht wurde.

Das Leistungsbilanzdefizit wurde zu etwa gleichen Teilen durch Kapitalzuflüsse und Zuflüsse bei den statistisch nicht aufliegbaren Transaktionen finanziert. Bei den Kapitalzuflüssen dominierten die erhaltenen Handelskredite mit 288 Mill. US-Dollar. Hiervon wiederum kann ein erheblicher Anteil durch Schulden gegenüber Gazprom erklärt werden. Anfang Dezember 1997 beliefen sich die Schulden Weißrußlands gegenüber Gazprom auf 293 Mill. US-Dollar; davon waren 121 Mill. US-Dollar seit Beginn des Jahres aufgelaufen (Tacis 1997c: 8). Zudem war bei den Direktinvestitionen ein Mittelzufluß in Höhe von 120 Mill. US-Dollar zu verzeichnen, der damit zwar

weiterhin sehr niedrig, zugleich aber deutlich über den Werten der Vorjahre lag.

Wie schon im Jahr 1996 wiesen die statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen einen Mittelzufluß aus; dieser hat sich 1997 offenbar noch vergrößert. Eine Erklärung könnte im Anstieg des Transithandels mit Rußland zu finden sein. Dafür spricht, daß Rußlands Importe gewachsen sind und somit auch eine Zunahme der Importe, die über Belarus abgewickelt werden, wahrscheinlich erscheint.

VII. Ordnungspolitik

Auf dem Gebiet der Privatisierung hat es in Belarus im Vergleich zu anderen Transformationsländern keine deutlichen Fortschritte gegeben. Ende 1997 waren nur 14 vH der Erwerbstätigen in den (teil-)privatisierten oder umgewandelten Unternehmen beschäftigt. Die Voucherprivatisierung ist faktisch zum Stillstand gekommen, da der Staat in nur geringem Umfang Aktien im Rahmen der Scheckprivatisierung anbietet.¹³ An diesem Bild ändert auch die Tatsache nichts, daß im Rahmen anderer Privatisierungsmethoden eine größere Zahl von Unternehmen (569) als in den beiden Vorjahren in die Privatisierung einbezogen war (Tabelle 9). Nahezu ein Drittel dieser Unternehmen wurde lediglich in staatliche Aktiengesellschaften umgewandelt. Bei Unternehmen in Republikseigentum wurde sogar in der Hälfte der Fälle nur eine reine Rechtsformtransformation vorgenommen. Privatisierungen, wie Direktverkäufe und Auktionen, fanden vor allem auf kommunaler Ebene statt. Veräußert wurden dabei überwiegend kleinere Handels- und Dienstleistungsbetriebe. Allerdings wurde das ursprüngliche Ziel, die sogenannte „kleine Privatisierung“ bis Ende 1997 abzuschließen (*Vedomosti Verchovnogo Soveta Respubliki Belarus'* 1996: 46), nicht realisiert.¹⁴ Als neuer Abschlußtermin ist nun die Jahresmitte 1999 vorgesehen. Es ist indes fraglich, ob dieser Termin eingehalten werden kann, da sich gemessen an der Anzahl der

Insgesamt bleibt die Bereitschaft Rußlands, die weißrussische Wirtschaftspolitik finanziell zu unterstützen, zentral für die außenwirtschaftliche Entwicklung des Landes. Nachdem Gazprom im Dezember 1997 angekündigt hatte, seine Gaslieferungen auf die Hälfte zu kürzen, wurde diese Kürzung auf politischen Druck hin auf 10 vH zurückgenommen. Gleichzeitig wurde jedoch der Anteil der bar zu begleichenden Schulden von 10 auf 30 vH erhöht.¹² Die Bereitschaft Rußlands, als unsichtbarer Rettungsanker des Regimes zu fungieren, sinkt weiter.

Unternehmen das Tempo der Privatisierung kommunaler Unternehmen weiter verlangsamt hat. Von den meist großen Unternehmen im Republikseigentum wurde bislang sogar nur etwa ein Fünftel (teil-)privatisiert oder umgewandelt (*Belorusskij rynek* Nr. 1 aus 1998: 8).

Am 1. Januar 1998 ist ein Präsidialdekret in Kraft getreten, das dem Staat die Möglichkeit einräumt, in Kapitalgesellschaften, an denen er noch Anteile besitzt, eine „Goldene Aktie“ einzuführen (*Sobranie Dekretov* 1997: 69 ff.). Die „Goldene Aktie“ verleiht ihm ein Gestaltungsrecht in wichtigen Unternehmensentscheidungen (unter anderem Reorganisation, Liquidation). Damit kann der Staat sogar nachträglich in den bereits mehrheitlich privatisierten Unternehmen seinen Einfluß erhöhen.¹⁵ Grundsätzlich galt dies zunächst auch für Unternehmen, an denen Ausländer beteiligt sind. Nachdem jedoch ausländische Investoren ihren Rückzug ankündigten, wurde bestimmt, daß in den gemischt weißrussisch-ausländischen Unternehmen eine „Goldene Aktie“ nur mit Zustimmung des ausländischen Investors eingeführt werden darf (*Minsk Economic News* Nr. 3 aus 1998: 5). Zwar ist, solange Ausführungsbestimmungen nicht erlassen sind, die volle Tragweite der Einführung von „Goldenen Aktien“ noch nicht abzusehen. Die ursprünglichen Bestimmungen des Dekrets können jedoch als ein Hinweis darauf gewertet werden, daß der Staat eine tatsächliche

Tabelle 9 – Zahl privatisierter und umgewandelter Unternehmen nach Privatisierungsverfahren und Eigentumsform 1991–1997

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	Insgesamt
Privatisierte und umgewandelte Unternehmen	61	190	244	632	468	526	569	2 690
Privatisiert durch:								
Verkauf verpachteten Eigentums an Pächter	34	47	57	152	35	58	76	459
Verkauf von Eigentum an Belegschaften	13	87	24	12	1	0	0	137
Direktverkauf, Auktion	11	52	92	251	172	208	220	1 006
Sonstige Verkäufe	–	–	–	–	–	39	95	134
Umwandlung in Aktiengesellschaften	3	4	71	217	260	221	178	954
davon:								
Republikseigentum	19	32	140	184	53	136	192	756
Privatisiert durch:								
Verkauf verpachteten Eigentums an Pächter	9	20	44	28	1	5	1	108
Verkauf von Eigentum an Belegschaften	6	8	10	1	0	0	0	25
Direktverkauf, Auktion	1	1	18	3	0	0	0	23
Sonstige Verkäufe	–	–	–	–	–	39	95	134
Umwandlung in Aktiengesellschaften	3	3	68	152	52	92	96	466
Kommunales Eigentum	42	158	104	448	415	390	377	1 934
Privatisiert durch:								
Verkauf verpachteten Eigentums an Pächter	25	27	13	124	34	53	75	351
Verkauf von Eigentum an Belegschaften	7	79	14	11	1	0	0	112
Direktverkauf, Auktion	10	51	74	248	172	208	220	983
Umwandlung in Aktiengesellschaften	0	1	3	65	208	129	82	488

Quelle: *Belorusskij rynek* Nr. 31 aus 1996: 14, Nr. 5 aus 1997: 7, Nr. 29 aus 1997: 21 sowie Arbeitsunterlagen des Wirtschaftsministeriums der Republik Belarus.

Privatisierung, die den neuen Eigentümern Entscheidungsfreiheit garantieren würde, sogar im nachhinein zu verhindern versucht.

Daß der Staat seinen Einfluß auf die Wirtschaft erhöht, zeigt sich auch an den Bemühungen, privatwirtschaftliche Aktivitäten zu behindern. Eine Maßnahme hierzu war die Neuregistrierung (DIW et al. 1997b) von Unternehmen, die zu einer starken Abnahme insbesondere der Zahl der Betriebe im nichtstaatlichen Bereich¹⁶ geführt hat: Während von den rund 12 620 staatlichen Unternehmen nur etwa 1 000 Unternehmen die Neuregistrierung verweigert wurde, mußten von den 62 560 nichtstaatlichen Betrieben, die den Registrierungsprozeß durchliefen, etwa 36 200 ihre Tätigkeit einstellen (*Belorusskaja delovaja gazeta* vom 6. November 1997: 9). Hiervon waren auch Privatbetriebe betroffen.¹⁷ Der rein private Sektor hat während der letzten Jahre daher weiter an Bedeutung eingebüßt. Im Jahr 1997 waren nur noch 6,4 vH (1995: 7,8 vH) der Beschäftigten in Privatbetrieben tätig.¹⁸

Im November 1997 sind weitreichende Veränderungen und Ergänzungen zum Gesetz

„Über die Unternehmen in der Republik Belarus“ vom Dezember 1990 beschlossen worden. Eine Ergänzung betrifft den Art. 67 des Gesetzes, der Unternehmen eigentlich die selbständige Planung ihrer Tätigkeit gewährleistet. In der Ergänzung wird nun ausdrücklich bestimmt, daß der Eigentümer seinem Unternehmen Produktionsauflagen erteilen kann (*Vedomosti Nacional'nogo Sobranija Respubliki Belarus* 1997: 48 ff.). Damit hat der Staat auch das Recht, aufgrund seines Anteils (unter anderem der Goldenen Aktie) das Produktionsvolumen in (teil-)staatlichen Unternehmen ungeachtet des Rentabilitätskalküls administrativ festzulegen. Hinzu kommt, daß seit Sommer 1997 verstärkt administrative Eingriffe in den Preismechanismus zu beobachten sind (*Belorusskaja delovaja gazeta* vom 5. Juni 1997: 15; *Belorusskaja rynek* Nr. 3 aus 1998: 1).

Statt die notwendigen marktwirtschaftlichen Reformen einzuleiten, sind auf ordnungspolitischem Gebiet weitere Rückschritte zu verzeichnen. Die punktuellen Eingriffe in Unternehmen häufen sich, und planwirtschaftliche Lenkungsmechanismen haben breiten Raum gegriffen.

VIII. Zusammenfassung und Ausblick

Der in der Republik Belarus unternommene Versuch, Wachstum durch planwirtschaftliche Methoden zu erreichen, ist Anfang 1998 jäh gescheitert. Im Jahr 1997 konnte die Wirtschaftspolitik den Anschein vermitteln, als habe sie große Erfolge zu verzeichnen. Das statistisch ausgewiesene Wachstum des realen BIP betrug nicht weniger als 10 vH. Gleichwohl hatten die drei Institute diesem Wachstum jene Qualitäten abgesprochen, die seine Dauerhaftigkeit erwarten ließen. Im März 1998 erwies sich dann diese kritische Einschätzung als nur allzu gerechtfertigt. Die Kumulation wirtschaftspolitischer Fehlentwicklungen schlug sich in einem zusammenbrechenden Wechselkurs des weißrussischen Rubels nieder.

Auf den ersten Blick war das kräftige BIP-Wachstum des Jahres 1997 beeindruckend. Der private Verbrauch und die Investitionen nahmen um jeweils etwa 20 vH zu, die Industrieproduktion wuchs — insbesondere wegen kräftig gestiegener Exporte nach Rußland — um 18 vH, vor allem aber expandierte der Wohnungsbau mit 46 vH außerordentlich stark. Die Wohnungsbauaktivitäten waren auch die entscheidende Komponente der gestiegenen Investitionen.

Die fatalen Schwachpunkte der wirtschaftlichen Belebung bestanden darin, daß sie mit planwirtschaftlichen Instrumenten erzwungen und mit Krediten zu hohen negativen Realzinsen finanziert wurde. De facto handelte es sich um staatliche Zuschüsse, die auf dem Wege der Geldschöpfung finanziert wurden. Im Zuge dieser Aktivitäten hat sich die Geldmenge mehr als verdoppelt. Praktisch sämtliche Kredite der Zentralbank wurden mit einer Zweckbindung versehen, d.h. an Geschäftsbanken mit der Auflage vergeben, die Mittel an bestimmte Unternehmen weiterzureichen. Die Subventionierung einzelner Wirtschaftsbereiche, vor allem der Bauwirtschaft und der Landwirtschaft, erfolgte somit nicht über die Finanzpolitik — entsprechend niedrig fiel auch das Haushaltsdefizit aus. Die Rolle der Finanzpolitik übernahm vielmehr die Geldpolitik. Ihr punktueller Einsatz

als Subventionsinstrument mußte nicht nur mit einer Fehlallokation von Ressourcen einhergehen, sondern machte auch eine Inflationsbeschleunigung unausweichlich. Trotz staatlicher Eingriffe in die Preisbildung gelang es nicht, einen Anstieg der Inflationsrate auf 64 vH zu verhindern. Es ergab sich eine Überbewertung des weißrussischen Rubels, die sich in Verbindung mit gespaltenen Wechselkursen in einem steigenden Leistungsbilanzdefizit niederschlug. Bei dessen Finanzierung spielt Rußland eine entscheidende Rolle.

Einer der Auslöser für den dramatischen Kursverfall des weißrussischen Rubels im März 1998 war dann auch die zu Ende gehende Bereitschaft der russischen Seite, Energielieferungen zu kreditieren. In der Krise zeigte die weißrussische Wirtschaftspolitik Reaktionen, denen keinerlei marktwirtschaftliche Züge mehr anhafteten. Auf die im Zuge des Wechselkursverfalls einsetzende Preisbeschleunigung wurde mit der staatlichen Anordnung reagiert, sämtliche Preise auf das Vorkrisenniveau zurückzusetzen. Diese Anordnung gilt für staatliche wie private Unternehmen. Zugleich ergingen Aufrufe an die Bevölkerung, keine Panikkäufe zu tätigen. Von der Zentralbank wurde ein „höheres Maß an bedingungsloser Ausführung von Entscheidungen des Ministerrats“¹⁹ verlangt. Zur Unterstreichung dieser Forderung wurde der Präsident der Zentralbank entlassen und durch den Initiator des staatlichen Wohnungsbauprogramms ersetzt. Der weißrussische Ministerpräsident kündigte gar an, den Transit russischen Erdgases nach Westeuropa zu blockieren, wenn die Gaslieferungen an Belarus, wie angekündigt, bei Nichtzahlung gekürzt würden (vgl. z.B. *Reuters* vom 18. März 1998). Einstweilen beschuldigt der weißrussische Präsident abwechselnd russische Banken und den Westen, die Krise geplant zu haben, um die Situation in Belarus zu destabilisieren und vorgezogene Wahlen zu erzwingen (Weißrussisches Fernsehen; vgl. auch *Reuters* vom 20. März 1998).

Dabei liegen die wirtschaftlichen Probleme der Republik Belarus eindeutig in dem Unwil-

len des Regimes begründet, Reformen durchzuführen. Die daraus resultierenden Schwierigkeiten sind nicht neu, sie treten aber in dem Maße deutlicher hervor, wie Rußland aufhört, die verfehlte Politik seines Nachbarlandes zu alimentieren. Die Aussichten auf russische Hilfe sind schon in der Vergangenheit immer schlechter geworden. Dazu kommt nun die weitere Einnengung der finanziellen Spielräume Rußlands. Für 1998 rechnen die Institute nicht damit, daß es der weißrussischen Regierung gelingen wird, die Auswirkungen der Abwertung auf die Prei-

se zu unterdrücken. Schon allein aus diesem Grund ist mit einer Beschleunigung der Inflationsrate über das 1997 erreichte Niveau hinaus zu rechnen. Eine Fortführung der Politik des vergangenen Jahres ist ohne negative realwirtschaftliche Auswirkungen nicht vorstellbar. Tatsächlich gibt es keinerlei Anzeichen für eine wirtschaftspolitische Neubessinnung und einen Neuanfang. Die Institute rechnen daher mit einem Ende der wirtschaftlichen Scheinblüte und mit mindestens einer Stagnation, möglicherweise sogar einem Rückgang des BIP.

Endnoten

- 1 Das heißt, es handelt sich de facto um Zuschüsse.
- 2 Die Angaben zur Struktur der Einkommen beziehen sich auf den Zeitraum Januar–Oktober 1997 (*Nacyjanal'naja ekanami naja hazeta* Nr. 49 aus 1997: 5).
- 3 Das Haushaltsgesetz hatte für 1997 ein Defizit von 3,3 vH des BIP vorgesehen (DIW et al. 1997a).
- 4 Die Posten „Volkswirtschaft“ und „Bildung, Kultur und Soziales“ des konsolidierten Haushalts werden vorrangig (zu etwa 65 bzw. 69 vH) von den nachgeordneten Gebietskörperschaften finanziert. Auch deshalb weicht die Ausgabenstruktur des konsolidierten Haushalts von der des geplanten Republikshaushalts (Tabelle 5) deutlich ab.
- 5 Das Primärdefizit bezeichnet Einnahmen minus Ausgaben ohne Schuldendienst.
- 6 Vorgesehen sind auch Einzahlungen in ein mit der Russischen Föderation gemeinsam geführtes „Unionsbudget“ (1 vH der Gesamtausgaben). Über das Unionsbudget sollen Kooperationen auf der Unternehmensebene zwischen beiden Nachfolgerepubliken der Sowjetunion gefördert werden (*Belorusskij rynek* Nr. 50–51 aus 1997: 1).
- 7 In den ersten fünf Monaten 1997 machten die gelenkten Kredite 93 vH der Zentralbankkredite aus. Sie gingen ausschließlich an die Landwirtschaft und den Wohnungsbau (IMF 1997).
- 8 Die Brutto-Währungsreserven hätten zu keinem Zeitpunkt der Beobachtungsperiode ausgereicht, um die Importe eines Monats zu finanzieren.
- 9 So waren die Reserven an konvertibler Währung in den ersten zwei Monaten 1997 um fast 90 vH gefallen.
- 10 Selbst bei einer Zunahme des Leistungsbilanzdefizits kann jedoch mittelfristig dann ein positiver Wachstumseffekt ausgelöst werden, wenn die Importe das gesamtwirtschaftlich verfügbare Ressourcenpotential erhöhen.
- 11 Ministerpräsident Ling bezifferte den Anteil auf 80 vH (RFE/RL 1998b; Tacis 1997: 8).
- 12 Im März 1998 erhob Rußland die Forderung, die Barquote auf 70 vH zu erhöhen.
- 13 Ein Gesetzentwurf sieht nun vor, daß die an die Bevölkerung ausgegebenen Schecks auch bei Privatisierungen anderer Bereiche (u.a. Boden) verwendet werden können (*Belorusskij rynek* Nr. 2 aus 1998: 7); zum Konzept der Voucherprivatisierung siehe DIW et al. (1994).
- 14 Bis zu diesem Zeitpunkt waren nur etwa 40 vH der kommunalen Betriebe privatisiert bzw. umgewandelt worden. Die Berechnung des Anteils wurde auf der Grundlage der Mitte 1995 bestehenden kommunalen Betriebe vorgenommen; neuere Angaben liegen nicht vor (*Belorusskaja delovaja gazeta* vom 17. August 1995: 10; Materialien des Wirtschaftsministeriums der Republik Belarus).
- 15 Im Unterschied hierzu kann in der Russischen Föderation die „Goldene Aktie“ nur im Zusammenhang mit einer anstehenden Privatisierung eingeführt werden, und dann auch nur in jenen Unternehmen, deren Privatisierung der Zustimmung der Regierung oder des Staatlichen Komitees für Eigentum (Goskomimuščestvo) bedarf. In Weißrußland dürfen auch kommunale Organe über die Einführung der „Goldenen Aktie“ entscheiden (*Belorusskij rynek* Nr. 5 aus 1998: 18).
- 16 Zum „nichtstaatlichen“ Sektor gehören neben den rein privaten Unternehmen auch Unternehmen des „kollektiven“ Sektors sowie des „gemischten“ Sektors.
- 17 Ein weiterer Versuch, die Aktivitäten kleiner Privatbetriebe zu erschweren, war eine Ende 1997 eingeführte Steuer. Diese wäre nachträglich zu entrichten gewesen und hätte eine hohe Belastung für die Kleinbetriebe bedeutet. Nachdem es Anfang 1998 zu starken Widerständen durch Kleinunternehmer kam, wurde die Steuer wieder abgeschafft (RFE/RL 1998a; *Minsk Economic News* Nr. 5 aus 1998: 1).
- 18 Materialien des Wirtschaftsministeriums der Republik Belarus sowie Minstat (1996a: 49).
- 19 So der Leiter der Präsidialverwaltung im weißrussischen Fernsehen (vgl. auch *Reuters* vom 21. März 1998).

Literaturverzeichnis

- DIW, IfW und IWH (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel und Institut für Wirtschaftsforschung Halle) (1994). Die wirtschaftliche Lage Weißrußlands: Krisenbewältigung durch Flucht in die Rubelzone? Kieler Diskussionsbeiträge 234. Institut für Weltwirtschaft, Kiel. Erschienen auch im *Wochenbericht* 61 (25): 413–432 des DIW und als Forschungsreihe 4/1994 des IWH.
- (1997a). Die wirtschaftliche Lage der Republik Belarus: Negative Konsequenzen der Reformrückschritte werden sichtbar. Kieler Diskussionsbeiträge 295. Institut für Weltwirtschaft, Kiel. Erschienen auch im *Wochenbericht* 64 (18): 321–333 des DIW und als Forschungsreihe 4/1997 des IWH.
- (1997b). Die wirtschaftliche Lage der Republik Belarus: Verordnetes Wachstum ohne Perspektiven? Kieler Diskussionsbeiträge 307. Institut für Weltwirtschaft, Kiel. Erschienen auch im *Wochenbericht* 64 (45): 875–894 des DIW und als Forschungsreihe 7/1997 des IWH.
- Government of the Russian Federation (1998). *Russian Economic Trends (quarterly)* 6 (1).
- IMF (International Monetary Fund) (1997). Republic of Belarus — Recent Economic Developments. IMF Staff Country Report 97/111. Washington, D.C.
- (1998). *International Financial Statistics*. CD-ROM. Washington, D.C.
- Minstat (Ministerstvo statistiki i analiza Respubliki Belarus') (1996a). *Respublika Belarus' v cifrach 1995*. Minsk.
- (1996b). *Statističeskij bjulleten' 2* (12).
- (1997a). *O rabote narodnogo chozjajstva Respubliki Belarus'. Janvar'–ijul'*. Minsk.
- (1997b). *Respublika Belarus' v cifrach. 1996*. Minsk.
- (1997c). *Statističeskij bjulleten' 3* (7).
- (1997d). *Statističeskij bjulleten' 3* (12).
- NIEI (Naučno-issledovatel'skij ekonomičeskij institut ministerstva ekonomiki Respubliki Belarus') (1998). Obščaja ocenka ekonomičeskogo razvitija Respubliki Belarus' za 1997 g. Minsk.
- RFE/RL (Radio Free Europe/Radio Liberty) (1998a). Belarusian Traders End Strike. *RFE/RL Newslines*, 5. Februar. <http://www.rferl.org/newsline/1998/02/050298.html>
- (1998b). Gazprom Threatens Cutoff to Belarus. *RFE/RL Newslines*, 19. März. <http://www.rferl.org/newsline/1998/03/190398.html>
- Sobranie Dekretov, Ukazov Prezidenta i Postanovlenij Pravitel'stva Respubliki Belarus'* (1997). Ukaz Prezidenta Respubliki Belarus' „Ob osnovnom prave („zolotoj akcii“) gosudarstva na učastie v upravlenii akcionernymi obščestvami“. Nr. 32.
- Tacis European Expertise Service (1997a). *Belarus Economic Trends. Monthly Update* (June).
- (1997b). *Belarus Economic Trends. Monthly Update* (November).
- (1997c). *Belarus Economic Trends. Monthly Update* (December).
- Vedomosti Nacional'nogo Sobranija Respubliki Belarus'* (1997). Zakon Respubliki Belarus' „O vnesenii izmenenij i dopolnenij v Zakon Respubliki Belarus' 'O predpriyatijach v Respubliki Belarus' ". Nr. 34.
- Vedomosti Verchovnogo Soveta Respubliki Belarus'* (1996). Zakon Respubliki Belarus' „O vnesenii izmenenij i dopolnenij v nekotorye zakonodatelnye akty Respubliki Belarus' po voprosam razgosudarstvennija i privatizacii gosudarstvennoj sobstvennosti“. Nr. 23.